



# **Hartmut Koschyk**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Parlamentarischer Geschäftsführer  
der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag

---

## **Erfolgreicher Einsatz für Integration**

**von**

**Hartmut Koschyk MdB  
Parlamentarischer Geschäftsführer  
der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag**

## ***Integrationspolitik im Zeichen von „Fördern und Fordern“***

Unter der unionsgeführten Bundesregierung ist Integration dort angekommen, wo sie auch hingehört: in der Mitte der deutschen Gesellschaft und nach ganz oben auf der Prioritätenliste der Politik. Seit dem Regierungswechsel 2005 werden die Herausforderungen der Integration endlich offen benannt und nicht mehr aus falsch verstandener Toleranz ignoriert. Politik beginnt bekanntlich mit dem Erkennen der Wirklichkeit. Dies gilt auch für die Integrationspolitik.

Heute ist Konsens: Es gibt große Probleme mit der mangelnden Integration von in Deutschland lebenden Ausländern. In manchen Stadtvierteln haben sich Parallelgesellschaften gebildet, die keinen Kontakt zu Deutschen haben und schlimmer noch: Die auch keinen Kontakt zu Deutschen wollen und brauchen. In diesen geschlossenen Gesellschaften erhalten sich mit dem deutschen Grundgesetz unvereinbare Verhaltensweisen aus den Herkunftsländern der Migranten. Besonders die Missachtung der Rechte von Frauen ist hierbei ein großes Problem.

Für mich und die CSU-Landesgruppe sind folgende Aspekte zur Integration von besonderer Bedeutung:

- Die deutsche Sprache ist der Schlüssel zur erfolgreichen Integration
- Integrationsbereitschaft muss intensiv gefördert werden
- Integrationsverweigerung muss konsequent sanktioniert werden
- Integration als Verpflichtung für Zuwanderer muss als Ziel im Aufenthaltsgesetz ausdrücklich festgeschrieben werden
- Der Zuzug von Integrationsunwilligen muss so früh wie möglich gestoppt werden, das heißt vor Erteilung der Aufenthaltserlaubnis.
- Struktur und Inhalte der Integrationskurse müssen verbessert werden
- Leichtere und schnellere Ausweisung ausländischer Straftäter
- Bekämpfung von Zwangsehen

## ***Nationaler Integrationsplan***

Um Integration zu befördern, hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Integrationsgipfel mit Vertretern von Bund, Ländern und Kommunen, aber auch von Tarifpartnern, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden angeregt. Dieses Konzept wurde durch die Bundeskanzlerin aufgegriffen und umgesetzt. Die Bundesregierung hat ihr Engagement für Integration mit den drei Integrationsgipfeln nachhaltig deutlich gemacht.

Der dabei gemeinsam mit Migrantinnen und Migranten, mit allen staatlichen Ebenen und der Zivilgesellschaft erarbeiteter Nationale Integrationsplan wird konsequent und erfolgreich umgesetzt.

Ich selbst widme mich diesem Thema schwerpunktmäßig und führe die Arbeitsgruppe Integration der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, welche in enger Zusammenarbeit mit der Beauftragten für Integration bei der Bundeskanzlerin, Prof. Dr. Maria Böhmer MdB, die Integrationsbemühungen der Bundesregierung begleitet und mitgestaltet.

### **Integration vor Ort**

Ich habe die Problematik auch in der Region Oberfranken bei Veranstaltungen thematisiert. So war etwa die Beauftragte für Integration bei der Bundeskanzlerin, Prof. Maria Böhmer MdB, in Pegnitz und Bayreuth. Auf meine Einladung hin hat auch Oberbürgermeister Dr. Michael Hohl am Fachgespräch „Integration vor Ort“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Berlin zu den kommunalpolitischen Herausforderungen der Integration teilgenommen. Ein weiteres wichtiges Gespräch hat in Bayreuth stattgefunden, als Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble mit hochrangigen türkischen Religionsführern zusammen getroffen ist und dabei eine klare Position im Hinblick auf die Deutschsprachigkeit türkischer Imame in Deutschland bezogen hat.

### **Integrationskongress**

Am 15. Oktober fand in Berlin der „Integrationskongress“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion statt. Auf Einladung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nahmen mehr als 250 Persönlichkeiten aus dem Bereich der Integrationsarbeit aus ganz Deutschland teil. Eröffnet wurde der „Integrationskongress“ durch den Vorsitzenden der Fraktion, Volker Kauder MdB, und die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Staatsministerin Prof. Maria Böhmer MdB. In fünf Begegnungsforen wurde über die Themenfelder „Jugend und Bildung“, „Kunst und Kultur“, „Wirtschaft und Arbeitsmarkt“, „Integration und Sport“ und „Frauen und Integration“ intensiv diskutiert. Den Abschluss bildete ein Abend der Begegnung, der mit der Aufführung von Szenen aus dem Musical „Streets of Wedding“ der Berliner Ernst-Schering-Oberschule einen musikalischen Höhepunkt bereit hielt.

Am Integrationskongress nahmen auf Einladung des Bayreuther Bundestagsabgeordneten und Parlamentarischen Geschäftsführers der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Hartmut Koschyk, auch Thomas Wattenbach, Jörg Schmidt, Christel Stein, Lila Raj Karki und Isabell Dittmar vom **Bayreuther Projekt „Gärten der Begegnung c/o Horizonte e.V.“** teil. Diese Aktion war auch mit dem Integrationspreis der Regierung von Oberfranken ausgezeichnet worden.

Die beiden Integrationsgipfel und der Nationalen Integrationsplan machten nachhaltig das Engagement der Bundesregierung für Integration deutlich. Die neue zentrale Bedeutung der Integrationspolitik im politischen und gesellschaftlichen Diskurs und Handeln hat dazu beigetragen, dass sich heute eine Vielzahl von Initiativen und Aktivitäten in allen gesellschaftlichen Bereichen - Bildung, Kultur, Wirtschaft, Sport - intensiv mit den Herausforderungen der Integration beschäftigt. Bestes Beispiel hierfür sind die „Gärten der Begegnung“ Bayreuth, die den Migrantinnen und Migranten hervorragend die Gelegenheit geben, sich selbst neu zu verwurzeln, was größten Respekt und höchste Anerkennung verdient.

Miteinander sprechen und nicht übereinander – dies ist das Leitmotiv des integrationspolitischen Wirkens der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und der unionsgeführten Bundesregierung. Es hat das Bemühen um Integration entscheidend vorangebracht. Aber Integration ist eine Aufgabe, die langen Atem braucht. Daher bedarf gelingende Integration nachhaltigen Denkens und Handelns. Mit dem „Integrationskongress“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion konnten eine Vielzahl von Initiativen und Aktivitäten in allen gesellschaftlichen Bereichen angesprochen und so wertvolle Anregungen für eine noch nachhaltigere Integrationspolitik gefunden werden.

### **Runder Tisch zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen**

Am 18. Juni fand ein Runder Tisch zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen statt. Wer im Ausland einen Abschluss erworben hat, muss auch bei uns die Chance erhalten, eine angemessene Beschäftigung zu finden. Deshalb wollen wir bei der Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse gemeinsam mit Bund und Ländern für alle Berufe einen einheitlichen Regelungszustand erreichen.

Jeder, der über Auslandsqualifikationen verfügt, hat Anspruch auf ein umfassendes individuelles Prüfverfahren, bei dem neben formalen Abschlüssen auch Berufserfahrung berücksichtigt wird. Soweit dabei die Gleichwertigkeit mit deutschen Abschlüssen festgestellt wird, ist die Gleichwertigkeit auch zu bescheinigen. Bei teilweiser Gleichwertigkeit, ist aufzuzeigen, wie fehlende Qualifikationen noch nachträglich erworben werden können.

### ***Indikatorenbericht zur Integration***

Der Indikatorenbericht untersucht den Stand und den Verlauf der Integration in Deutschland von 2005 bis 2007. Der Bericht knüpft an ein Set von 100 Integrationsindikatoren an, das das Bundeskabinett im Juni vergangenen Jahres verabschiedet hat. Das Indikatorenset beinhaltet 14 Themenfelder, u.a. die Bereiche Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt, soziale Integration und Einkommen, gesellschaftliche Integration, Wohnen, Gesundheit, Mediennutzung und Kriminalität.

Der Indikatorenbericht bestätigt den Kurs der Bundesregierung in der Integrationspolitik. Es wurden seit 2005 die richtigen Schritte eingeleitet. Die Maßnahmen des Nationalen Integrationsplans zeigen erste Erfolge. Alle Ziel wurden jedoch noch lange nicht erreicht.

So hat sich beispielsweise die Situation der in Deutschland geborenen Migrantinnen und Migranten in vielen Bereichen verbessert. Sie unterscheiden sich damit von den Migranten der "ersten Generation", die selbst zugewandert sind und teilweise noch erhebliche Integrationsprobleme haben.

## **Bildung**

Laut Indikatorenbericht konnten vor allem im Bildungsbereich Fortschritte erzielt werden.

- die Zahl der ausländischen Schulabbrecher sank von 17,5 Prozent im Jahr 2005 auf 16,0 Prozent 2007.
- Bei den in Deutschland geborenen Kindern aus Zuwandererfamilien liegt der Anteil der Schulabbrecher 2007 mit 2,2 Prozent bereits unter dem Niveau für die Gesamtbevölkerung (2,3 Prozent).

Diese Zahlen machen Mut und belegen: Bildungsfortschritte sind möglich. Zugleich dürfen wir bei unseren Bemühungen nicht nachlassen. Bildung ist der Schlüssel für Integration und zugleich das Schutzschild gegen Arbeitslosigkeit.

## **Deutsche Sprache**

Wichtig für einen Bildungserfolg der Migranten sind die Beherrschung und die Anwendung der deutschen Sprache, insbesondere auch im Elternhaus. Denn laut Indikatorenbericht können die weniger erfolgreichen Schulkarrieren von Jugendlichen mit Migrationshintergrund teilweise darauf zurückgeführt werden, dass im Haushalt nicht deutsch gesprochen wird, die Eltern ein geringes Bildungsniveau sowie eine geringe Bildungsorientierung aufweisen.

Deshalb sei die große Resonanz auf die Integrationskurse des Bundes umso erfreulicher.

- Mehr als eine halbe Million Menschen hätten sich seit 2005 entschieden, in den Kursen Deutsch zu lernen.
- Mehr als zwei Drittel der Prüfungsteilnehmer den Sprachkurs erfolgreich bestanden.

## **Probleme auf dem Arbeitsmarkt**

Noch keine Erfolge konnten bisher auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gemacht werden.

- Jugendliche aus Zuwandererfamilien haben es nach wie vor deutlich schwerer als gleichaltrige Einheimische, einen Ausbildungsplatz zu finden.
- Die Arbeitslosenquote von Ausländern war 2007 mit 20,3 Prozent etwa doppelt so hoch wie bei der Gesamtbevölkerung.

Dies ist ein deutliches Signal, die Anstrengungen mit aller Kraft zu intensivieren. Die Qualifikationen der Migranten wie Mehrsprachigkeit und kulturelle Kompetenzen müssen noch stärker hervorgehoben werden. Jeder Einzelne hat seine Chance verdient, unabhängig von seiner Herkunft.

## ***Deutschen Islam Konferenz (DIK)***

"Muslime in Deutschland - deutsche Muslime" - dieses Motto der Deutschen Islam Konferenz (DIK) bringt eines der Ziele auf den Punkt: Muslime in Deutschland sollen sich als Teil der deutschen Gesellschaft verstehen und von dieser auch so verstanden werden.

Das setzt voraus, dass Bürgerinnen und Bürger Deutschlands, welcher Abstammung und welchen Glaubens sie auch sind, mehr übereinander erfahren, mehr Verständnis und Akzeptanz füreinander gewinnen. Mit diesem Ziel hat Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble am 27. September 2006 die DIK einberufen und damit den Koalitionsvertrag der Bundesregierung von 2005 mit Leben gefüllt.

Der Vertrag sieht einen intensiven Dialog mit den großen christlichen Kirchen, mit Juden und mit Muslimen vor. Ein solcher Dialog soll nicht nur wichtiger Bestandteil von Integrationspolitik und politischer Bildung sein - er dient auch der Verhinderung und Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Extremismus. Laut Koalitionsvertrag ist es dabei ein Gebot des wechselseitigen Respekts, auch Differenzen, die die Dialogpartner trennen, eindeutig zu benennen. Weil Kommunikation allein für ein gutes Miteinander nicht ausreicht, erarbeitet die DIK zudem Handlungsempfehlungen und initiiert konkrete Maßnahmen.

### **Ziele: Für eine gemeinsame Zukunft**

Die Deutsche Islam Konferenz hat sich hohe Ziele gesteckt. Die DIK will die religions- und gesellschaftspolitische Integration der muslimischen Bevölkerung verbessern, der Segmentation von Muslimen in Deutschland entgegenwirken, einen breiten Konsens zur Einhaltung gesellschafts- und religionspolitischer Grundsätze schaffen, die freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewahren und gewalttätigen Islamismus und Extremismus verhindern.

### **Bei dem Besuch von Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble am 17.10.2008 in Bayreuth informierte dieser den Präsidenten der Türkischen Religionsbehörde, S. Exz. Prof. Dr. Ali Bardakoglu über den aktuellen Stand der deutschen Islam-Konferenz und forderte, dass Türkische Imame Deutsch sprechen sollen**

Am Rande der Verleihung des Bayreuther Markgräfin-Wilhelmine Preises ist es im Bayreuther Rathaus zu einer Begegnung zwischen Bundesinnenminister Schäuble und dem Präsidenten der Türkischen Religionsbehörde, S. Exz. Prof. Dr. Ali Bardakoglu gekommen. Das Treffen hatte der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und Bayreuther Bundestagsabgeordnete Hartmut Koschyk vermittelt. An der Begegnung nahmen auch Oberbürgermeister Dr. Michael Hohl, CSU-Fraktionsvorsitzender Dr. Oliver Junk und der Bayreuther Religionswissenschaftler Prof. Dr. Christoph Bochinger teil. Von türkischer Seite waren neben Bardakoglu der Leiter der Auslandsabteilung von Diyanet, Prof. Dr. Ali Dere sowie Sadi Arslan, Präsident der Ditib Köln (Deutsches Präsidium des Amtes für religiöse Angelegenheiten) beteiligt.

Bundesinnenminister Schäuble informierte den Chef der Türkischen Religionsbehörde über den aktuellen Stand der deutschen Islam-Konferenz im Hinblick auf die von der Türkischen Religionsbehörde nach Deutschland entsandten islamischen Geistlichen (Imame). Der Bundesinnenminister Schäuble forderte, dass die Imame die deutsche Sprache beherrschen sowie mit den politischen, historisch-kulturellen und gesellschaftlichen Gegebenheiten Deutschlands vertraut sein sollten. Die Bundesrepublik sei bereit, bei entsprechenden Sprachkursen, Sprachfördermaßnahmen sowie landeskundlichen Seminaren zu unterstützen. Auch würden Bund und Länder Anstrengungen unternehmen, dass in Deutschland Islamkunde an Universitäten sowie islamischer Religionsunterricht in Schulen verstärkt angeboten werde.

Diyamet Präsident Bardakoglu versicherte dem Bundesinnenminister, dass auch die Türkei sehr daran interessiert sei, dass die aus der Türkei entsandten Imame durch Deutsch- und Deutschlandkenntnisse die Integration der in Deutschland lebenden Türken fördern. Auch dürfe der Islam nicht zu politischen Zwecken missbraucht werden. Prof. Dr. Ali Bardakoglu stimmte ausdrücklich der Forderung von Innenminister Schäuble zu, dass die islamische Religionsausübung die verfassungsmäßige Ordnung und die deutschen Gesetze nicht in Frage stellen dürfe.

Die Begegnung des Bundesinnenministers und des Diyanet-Präsidenten in Bayreuth hat einen wichtigen Beitrag für die Verbesserung der Integration der türkischen Muslime in Deutschland geleistet.

### ***Islamischer Religionsunterricht im Schulversuch***

An immer mehr Schulen steht Islam auf dem Stundenplan. Bis in die späten 1970er Jahre reichen die Bemühungen und Ansätze zur Einrichtung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen zurück. Inzwischen wird in den meisten westdeutschen Bundesländern mit verschiedenen Modellen Islamunterricht im Schulversuch erprobt. Das Plenum der Deutschen Islam Konferenz (DIK) stimmte in seiner 3. Sitzung im März 2008 überein, dass islamischer Religionsunterricht als ordentliches Unterrichtsfach in deutscher Sprache an öffentlichen Schulen eingeführt werden soll, und die Kultusministerkonferenz wurde mit der Umsetzung beauftragt.

#### **Das Erlanger-Modell**

In Erlangen wird seit dem Schuljahr 2003/04 konfessioneller Islamunterricht an einer Grundschule erteilt. Dies geschieht in Absprache mit der eigens für den Schulversuch gegründeten lokalen Islamischen Religionsgemeinschaft Erlangen (IRE). Der Lehrplan wurde gemeinsam von der IRE, dem zuständigen Staatsministerium und von Wissenschaftlern der Universität Erlangen-Nürnberg ausgearbeitet. Auch weil der Schulversuch in wissenschaftlicher Begleitung des Interdisziplinären Zentrums für Islamische Religionslehre (IZIR) an der Universität Erlangen-Nürnberg bisher positiv aufgenommen wurde, ist eine Übertragung des lokalen Konzeptes bei ähnlich guter Konstellation in anderen Städten angedacht. Nachdem ein Lehrplan für Haupt- und Realschulen vorlag, wurde der Unterricht bereits auf eine Realschule in Nürnberg ausgeweitet. Daneben gibt es mittlerweile

Schulversuche in Fürth, Bayreuth und an zwei Schulen in München. Langfristig ist ein landesweiter ordentlicher IRU vorgesehen. Dies scheiterte bislang noch am fehlenden Ansprechpartner auf Landesebene.

### **An vier Bayreuther Volksschulen kann islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache gelehrt werden**

Der Modellversuch, der sich am Vorbild der Stadt Erlangen orientiert, wurde vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus auf die Albert-Schweitzer-Schule, die Graserschule, die Grundschule St. Georgen und die Luitpoldschule ausgeweitet. Mit der entsprechenden Anstellung einer staatlichen Lehrkraft und einem verbindlichen Lehrplan wurden die Voraussetzungen zur besseren Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher in Bayreuth geschaffen.

Mit dem neuen Angebot eines islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache wird es eine solche Ausgrenzung nicht mehr geben. Klassenkameraden können sich untereinander über religiöse Themen unterhalten und austauschen können. Das Bayreuther Rathaus bemühte sich intensiv, islamische Eltern für diese gesellschaftlich wichtige Aufgabe zu gewinnen. Oberbürgermeister Dr. Hohl hatte zuvor die Bildung eines Elternvereins als Interessensvertretung angeregt. Unter rechtlicher Begleitung von Sozial- und Schulreferent Carsten Hillgruber entstand die "Islamische Religionsgemeinschaft Bayreuth IRBT", deren Vorsitzende, Rechtsanwältin Gülcin Sahin, den Stein weiter ins Rollen brachte und die notwendigen Anträge beim Kultusministerium einbrachte.

Unter der fachlichen Schulaufsicht des Staatlichen Schulamtes kann zunächst in den Volksschulen neben den beiden christlichen Konfessionen auch islamischer Religionsunterricht als reguläres Unterrichtsfach erteilt werden. Für die Ausweitung auch auf andere Schularten wird sich der Elternverein weiterhin einsetzen und steht allen interessierten islamischen Männern und Frauen aus unterschiedlichen Nationen offen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte sich in einem Experten-Forum im Berliner Reichstagsgebäude mit der Integration ausländischer Mitbürger auf kommunaler Ebene bereits im März 2008 befasst und Oberbürgermeister Dr. Michael Hohl konnte das Bayreuther Projekt für islamischen Religionsunterricht vorstellen

Der Bayreuther Oberbürgermeister, Dr. Michael Hohl (CSU), betonte damals, dass die Professionalisierung der Integrationsarbeit ein wichtiger Schritt ist. Er verwies auf Bayreuth, wo ein hauptamtlicher Integrationsbeauftragter berufen und ein umfassender Integrationsplan entwickelt wurde. Islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache, so der Bayreuther Oberbürgermeister, sei ein entscheidender Beitrag zur besseren Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher.

Mit Professor Dr. Christoph Bochinger vom Lehrstuhl für Religionswissenschaften an der Universität Bayreuth und Professor Dr. Harry Behr von der Universität Erlangen-Nürnberg konnte die Stadt zwei Experten gewinnen, die durch ihr Engagement und ihre Erfahrungen den interessierten islamischen Eltern in Bayreuth wichtige Fragen erschließen und erschöpfende Antworten geben konnten.



## **Don-Bosco-Kinderhort in Pegnitz ein Musterbeispiel für Integration**

Als mustergültiges Beispiel für gelingende Integration hatten die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Maria Böhmer und der Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Hartmut Koschyk, am 25. Februar 2008 den Don-Bosco-Kinderhort in Pegnitz bezeichnet. Bei ihrem Besuch stellte Böhmer besonders heraus, wie wichtig es ist, Kinder im Integrationsprozess von Anfang an zu fördern und zu unterstützen. Genau dies sei in Pegnitz der Fall. Eine Schlüsselrolle kommt dabei nach den Worten der Integrationsbeauftragten der deutschen Sprache zu. Kinder lernten spielend und sehr viel schneller als Erwachsene. Deshalb sollten sich alle Beteiligten von Anfang an für die deutsche Sprache stark machen und dabei auch die Eltern mit einbeziehen. Gerade die mangelnden Deutschkenntnisse der Eltern stellten sich oft als problematisch heraus, sagte die Leiterin des Don-Bosco-Kinderhortes Elisabeth Lux. Ziel der Einrichtung ist es deshalb auch, Kinder aus Migrantenfamilien für Musik- und Sportvereine oder Freizeitgruppen außerhalb des Hortes zu begeistern. Nach den Worten der Hortleiterin werden in der Einrichtung Kinder aller Pegnitzer Schularten im Alter zwischen sechs und zwölf Jahren "betreut und gebildet". Darunter sind auch zahlreiche Kinder aus Migrantenfamilien oder mit Lerndefiziten, die hier Kleingruppen- oder Einzelförderung erfahren.